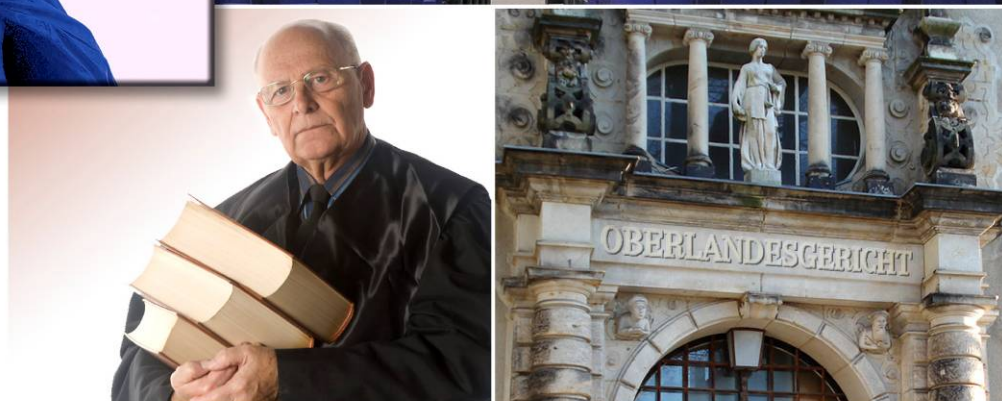
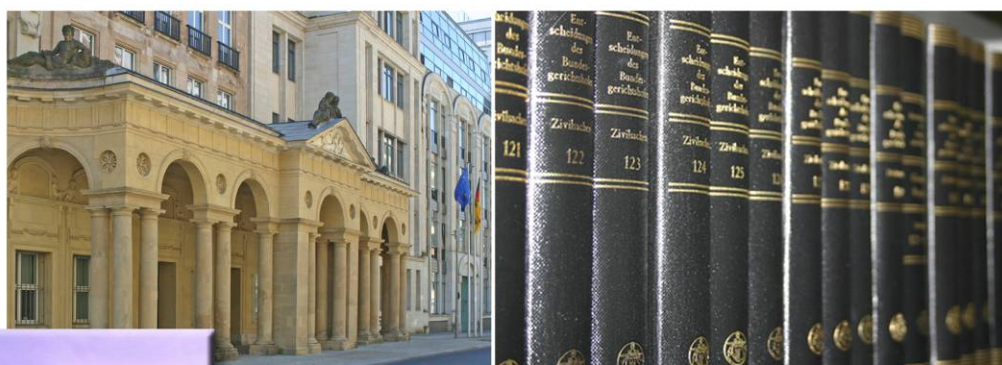


# INFORECHT

Aktuelles aus dem Wirtschaftsrecht



Herausgegeben vom DIHK | Deutscher Industrie- und Handelskammertag e. V.

Postanschrift: Deutscher Industrie- und Handelskammertag | 11052 Berlin  
Besucheranschrift: Breite Straße 29 | 10178 Berlin-Mitte | Telefon 030-20308-2706 | Fax 030-20308-2777  
Redaktion: Annette Karstedt-Meierrieks | E-Mail: [kascheike.ludmilla@dihk.de](mailto:kascheike.ludmilla@dihk.de) | Internet: [www.dihk.de](http://www.dihk.de)

## Inhaltsverzeichnis

|  |          |
|--|----------|
| <b>Aktuelles .....</b>   | <b>2</b> |
| Weitere Erleichterungen beim Kurzarbeitergeld – Kurzarbeitergeld plus .....                      | 2        |
| Modernere Patentverfahrensregeln verabschiedet .....   | 2        |
| DPMAregister – neuer Webservice des DPMA.....  | 2        |
| Europäische Kommission will Anlegerschutz verbessern .....                                       | 2        |
| Änderungen im Aktiengesetz zur Umsetzung der Aktionärsrechte-RL .....                            | 3        |
| Aktueller Sachstand zu EU-Sammelklagen im Kartellrecht.....                                      | 3        |
| EU-Empfehlung Vergütungspolitik im Finanzdienstleistungssektor .....                             | 4        |
| EU-Empfehlung zur Vergütung in börsennotierten Unternehmen verkündet .....                       | 4        |
| DIHK-Stellungnahme zum Gesetz zur Bekämpfung der Kinderpornografie im Internet.....              | 4        |
| Verordnung zur Vereinfachung des Deponierechts tritt am 16.07.09 in Kraft .....                  | 4        |
| Ökodesign-Verordnung für externe Netzteile in Kraft getreten .....                               | 4        |
| EU-Ministerrat verabschiedet Euro-VI-Abgasnorm für LKW .....                                     | 4        |
| Bundesregierung verlängert Beschränkung der Arbeitnehmerfreizügigkeit bis zum 30.04.2011.....    | 4        |
| Erneuerbare-Energien-Richtlinie im EU-Amtsblatt veröffentlicht .....                             | 5        |
| BMU-Entwurf einer Getränkeverpackungs-Kennzeichnung-VO .....                                     | 5        |
| Entwürfe Achten Änderungsgesetz zum BImSchG und 39. BImSchV .....                                | 5        |
| EU-Ministerrat beschließt „Blue Card“ zur Zuwanderung von Hochqualifizierten.....                | 5        |
| Europäische Kommission prüft Registrierungspflichten für Anlageberater .....                     | 5        |
| Bundesnetzagentur stellt Regulierungsstrategie zum Breitbandausbau vor.....                      | 5        |
| Weitere Entscheidungen zur Rundfunkgebühr für internetfähige PCs .....                           | 5        |
| Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz im Bundesgesetzblatt verkündet.....                            | 5        |
| OVG Münster legt Klage eines Umweltverbands gegen Steinkohlekraftwerksbau dem EuGH vor....       | 6        |
| EuGH: Keine Apothekenketten in Deutschland.....  | 6        |
| Bericht der EU-Kommission zur Anwendung der Kartellverordnung VO 1/2003 .....                    | 6        |
| BaFin veröffentlicht überarbeiteten Emittentenleitfaden.....                                     | 7        |
| Fortentwicklung der Finanzmarktstabilisierung – Bad Banks sollen Kreditinstitute entlasten ..... | 7        |
| Aktuelle Steuerinformationen.....  | 7        |
| <b>Zum Schluss.....</b>  | <b>7</b> |
| DIHK veröffentlicht Gewerbeordnung 21 .....  | 7        |

---

## Aktuelles

### ■ Weitere Erleichterungen beim Kurzarbeitergeld – Kurzarbeitergeld plus

Vor dem Hintergrund der anhaltenden Wirtschaftskrise wurden mit dem so genannten „Kurzarbeitergeld plus“ weitere Erleichterungen für die Unternehmen beschlossen, die zur Stabilisierung des Arbeitsmarktes beitragen sollen. Künftig sollen die Beiträge zur Sozialversicherung von den Agenturen für Arbeit ab dem 7. Monat der Kurzarbeit zu 100 Prozent erstattet werden.

Nach der Veröffentlichung der Verordnung im Bundesgesetzblatt am 04.06.2009 tritt die Verlängerung der Bezugsfrist für das Kurzarbeitergeld von 18 Monaten auf maximal 24 Monate in Kraft. Die Verlängerung gilt für alle Arbeitnehmer, deren Anspruch auf Kurzarbeitergeld bis zum 31.12.2009 entsteht.

### ■ Modernere Patentverfahrensregeln verabschiedet

Der Bundestag hat Anmeldeerleichterungen für Patente sowie Änderungen zur Beschleunigung von Patentgerichtsverfahren verabschiedet. Ziel ist es, die Verfahrensdauer von derzeit mehr als vier Jahren zu halbieren.

Im Nichtigkeitsverfahren muss in der ersten Instanz das Bundespatentgericht die Parteien ausdrücklich auf Fragen hinweisen, die für die Entscheidungen erheblich sind und für die noch nichts vorgetragen wurde. Im Berufungsverfahren vor dem Bundesgerichtshof sollen Sachverständige nur noch in Ausnahmefällen erforderlich sein. Die Berufung wird sich nach der neuen Rechtslage darauf konzentrieren, die Entscheidung der ersten Instanz auf Fehler zu überprüfen. Änderungen sind ferner im Arbeitnehmererfindungsrecht erfolgt. Einzelheiten und weitere Informationen sind unter [www.bmj.de/patentrechtsmodernisierung](http://www.bmj.de/patentrechtsmodernisierung) abrufbar.

### ■ DPMAregister – neuer Webservice des DPMA

Seit dem 28.04.2009 ist ein neuer Dienst beim DPMA, nämlich das DPMAregister frei geschaltet. Er führt die Daten der bisherigen Datenbanken, DPMApublikationen und DPINFO zusammen – und erleichtert die Recherche und das Monitoring. Die Nutzung des DPMAregister ist kostenfrei.

Seit Ende April sind über das neue DPMAregister folgende Informationen erhältlich:

- die amtlichen Veröffentlichungen „Markenblatt“
- sämtliche Registerdaten
- alle Rechts- und Verfahrensstandsinformationen
- alle Markenblätter von 1950 bis heute inklusive Downloadmöglichkeit

Außerdem ist im DPMAregister ein Monitoring-Service der sog. DPMAkurier integriert, mit dem regelmäßig automatisierte Informationen zu neuen Markenmeldungen und –Eintragungen erhältlich sind.

Bis 2010 ist geplant das DPMAregister um die Daten der Patente, Gebrauchs- und Geschmacksmuster zu erweitern. Auch die Integration der Gemeinschaftsmarken und Geschmacksmuster sowie international registrierter Marken mit Schutzwirkung in Deutschland sollte folgen.

### ■ Europäische Kommission will Anlegerschutz verbessern

Die Europäische Kommission hat am 30.04.2009 in einer Mitteilung die Verbesserung des Anleger-schutzes bei Kleinanlegerprodukten angekündigt. Bis Ende 2009 soll in einem Gesetzesvorschlag Anlegerinformationen und Vertriebspraktiken einheitlich für alle Anlageprodukte geregelt werden. Die bisher geltenden Standards seien so unterschiedlich, dass der Markt für Kleinanlegerprodukte verzerrt werde.

## ■ Änderungen im Aktiengesetz zur Umsetzung der Aktionärsrechte-RL

Der Bundestag hat am 28.05.2009 die Umsetzung der Aktionärsrechterichtlinie (ARUG) in 2. und 3. Lesung verabschiedet. Dabei wurden Änderungen seitens des Rechtsausschusses des Bundestages berücksichtigt. Insbesondere konnten gewisse Verbesserungen im Rahmen der Bekämpfung missbräuchlicher Aktionärsklagen (vgl. Freigabeverfahren) erreicht werden. Legt der Bundesrat keinen Einspruch ein, kann das ARUG verkündet und in Kraft treten. Die umfangreichen Änderungen zur Einberufung der Hauptversammlung, offen zu legende Informationen auf der Internetseite der Gesellschaft, Optionen im Hinblick auf die elektronische Kommunikation, Verzinsung Barabfindungen etc. sollen voraussichtlich zum 01.08.2009 in Kraft treten (vgl. hierzu aber Übergangsfristen). Link zum Beschluss des Bundestages:

<http://dip21.bundestag.de/dip21/brd/2009/0512-09.pdf>

## ■ Aktueller Sachstand zu EU-Sammelklagen im Kartellrecht

Nach der Entschließung des Europäischen Parlaments vom 26.03.2009 hat die GD Wettbewerb der Kommission einen zunächst internen Richtlinienentwurf vorgelegt.

Obwohl Kommissarin Kroes – u. a. bei der Veranstaltung der IHK-Organisation am 10.12.2008 – betont hatte, dass sie die im Rahmen der Konsultation erfolgten Stellungnahmen und die Meinung des Europäischen Parlaments sorgfältig auswerten und entsprechend berücksichtigen werde, hat sie schon am Tag nach der EP-Entschließung einen Richtlinienentwurf in eine kommissionsinterne Inter-Services-Konsultation eingebracht. Dieser Entwurf entspricht weitestgehend dem Weißbuch Schadenersatzklagen wegen Verletzung des EG-Wettbewerbsrechts vom April 2008 und lässt jegliche Kritik von Parlament, Regierungen und Verbänden unberücksichtigt. Vorgeschlagen werden u. a.

- Gruppenklagen
- „opt-out“-Verbandsklagen

- Umfassendes Beweisverfahren auf richterlichen Beschluss
- Weitergabe der Kosten wird widerleglich vermutet

Nicht ausgeschlossen werden hingegen die vom DIHK geforderten Maßnahmen gegen die Möglichkeit von Strafschadenersatzforderungen und Erfolgshonoraren

Die Kommission will die Richtlinie auf Artikel 83 stützen und damit das Parlament von der Mitentscheidung ausschließen.

Folge der Vorschläge ist, dass z. B. Verbraucherverbände ohne eine ausdrückliche Einwilligung der betroffenen Unternehmen deren Rechte geltend machen können. Im Klartext: Wer nicht widerspricht, hängt mit drin, selbst wenn er von der Klage des Verbandes gar nichts weiß. Das widerspricht jeglichem Verständnis des verfassungsrechtlich garantierten Selbstbestimmungsrechts. Hinzu kommen weitgehende Offenlegungspflichten, die die Waffengleichheit zwischen Kläger und Beklagtem ad absurdum führen. Hierdurch werden missbräuchliche Klagen und Erpressungsversuche geradezu herausgefordert. Dies gilt umso mehr, als die Mitgliedstaaten zusätzlich zu diesem EU-Rahmen weitere Anreize für Sammelklagen national regeln können. Das wird zur Folge haben, dass sich künftige Sammelkläger das Gericht desjenigen Landes aussuchen werden, dessen Recht die lukrativsten Möglichkeiten wie z. B. Strafschadenersatz und Erfolgshonorare bietet. Der Richtlinienentwurf der Generaldirektion Wettbewerb setzt sich über alles hinweg, was das Europäische Parlament fordert. Die Kommission schafft mit dieser Richtlinie eindeutig das Risiko für amerikanische Verhältnisse, ohne für ausreichende und für alle Mitgliedstaaten bindende Gegenmaßnahmen gegen Missbrauch und Erpressung zu sorgen. Wenn die Kommission gerade in der derzeitigen Wirtschaftskrise nicht will, dass Unternehmen durch erpresserische Klagen nach US-Vorbild zusätzlich belastet und in die Insolvenz getrieben werden sollen, dann muss sie den Vorschlag jetzt zurückziehen.

Eine ausführliche DIHK-Stellungnahme zum vorangegangenen Weißbuch und der "Referenzrahmen Sammelklagen – Zehn Forderungen der Wirtschaft" sind unter

<http://www.dihk.de/inhalt/themen/rechtundfairplay/wettbewerbsrecht/index.html> zu finden. Kurz zu-

sammengefasst gibt es hierzu das Thema der Woche unter <http://www.dihk.de/inhalt/informationen/news/wochenthema/index.main.html>.

Finanzdienstleistungen: EU-Ministerrat gibt grünes Licht für Kommissionspläne zur Verbesserung des Verbraucherschutzes.

Der Rat der EU-Wirtschafts- und Finanzminister (ECOFIN) hat am 09.06.2009 die Europäische Kommission aufgefordert, den Anlegerschutz bei Kleinanlegerprodukten zu verbessern. Konkret will der Rat, dass die Offenlegung von Provisionen bei der Anlegerberatung einheitlich geregelt wird.

## ■ EU-Empfehlung Vergütungspolitik im Finanzdienstleistungssektor

Die EU-Empfehlung zur Vergütungspolitik im Finanzdienstleistungssektor (2009/384/EG) wurde am 15.05.2009 im Amtsblatt der EU verkündet. Link zur Empfehlung: <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2009:120:0022:0027:DE:PDF>

## ■ EU-Empfehlung zur Vergütung in börsennotierten Unternehmen verkündet

Die EU-Empfehlung zur Vergütungspolitik in börsennotierten Unternehmen (2009/385/EG) wurde am 15. Mai 2009 im Amtsblatt der EU, L 120, S. 28 ff., verkündet. Link zur Empfehlung: <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2009:120:0028:0031:DE:PDF>

## ■ DIHK-Stellungnahme zum Gesetz zur Bekämpfung der Kinderpornografie im Internet

Der DIHK hat sich gegenüber dem Wirtschaftsausschuss des Bundesrates kritisch zu den geplanten Kinderpornographie-Sperren im Internet geäußert und eine ausführliche Diskussion statt übereilter, nicht ausreichend durchdachter Regelungen gefordert.

## ■ Verordnung zur Vereinfachung des Deponierechts tritt am 16.07.09 in Kraft

Das historisch gewachsene und zersplitterte Deponierecht wird damit für Deponiebetreiber und Behörden übersichtlicher zusammengefasst. Gleichzeitig treten am 16.07.2009 die TASI und TA Abfall außer Kraft.

## ■ Ökodesign-Verordnung für externe Netzteile in Kraft getreten

Für die Energieeffizienz von externen Netzteilen gelten zukünftig EU-weite Mindestanforderungen. Dies legt eine Verordnung der Europäischen Kommission fest, die kürzlich als Durchführungsmaßnahme der Ökodesign-Richtlinie in Kraft getreten ist. Die Vorschriften werden ab April 2010 für die Hersteller und Importeure der entsprechenden Geräte verbindlich.

## ■ EU-Ministerrat verabschiedet Euro-VI-Abgasnorm für LKW

Der EU-Ministerrat hat in seiner Sitzung vom 08./09.06.2009 die EURO-VI-Abgasnorm abschließend verabschiedet. EU-Staaten und Parlament hatten sich bereits Ende 2008 auf das neue Gesetz geeinigt. Damit treten ab 2014 wesentlich schärfere Abgasbestimmungen für LKW in Kraft. Durch die neuen Emissionsnormen sollen LKW sauberer und die Luftqualität verbessert werden

## ■ Bundesregierung verlängert Beschränkung der Arbeitnehmerfreizügigkeit bis zum 30.04.2011

Die Bundesregierung hat der EU-Kommission mitgeteilt, dass sie bis zum 30.04.2011 Übergangsmaßnahmen in Anspruch nimmt und damit die Freizügigkeit von Arbeitnehmern aus den neuen EU-Beitrittsländern weiter beschränkt.

## ■ Erneuerbare-Energien-Richtlinie im EU-Amtsblatt veröffentlicht

Die Richtlinie ist am 05.06.2009 im Amtsblatt veröffentlicht worden und tritt damit Ende Juni in Kraft. Ein kurzfristiger Anpassungsbedarf der Anfang 2009 in Kraft getretenen Gesetze zur Förderung erneuerbarer Energien im Strom- und Wärmebereich in Deutschland wird durch die Richtlinie nicht ausgelöst. Bei den Verordnungen zu Biomasse-Nachhaltigkeit konnten die Vorgaben der Richtlinie bereits berücksichtigt werden.

## ■ BMU-Entwurf einer Getränkeverpackungs-Kennzeichnung-VO

Mehrweggetränkeverpackungen sollen mit "MEHRWEG", Einweggetränkeverpackungen mit "EINWEG" gekennzeichnet werden. Die VO würde erst in der nächsten Legislaturperiode verabschiedet werden, da die Ressort-Abstimmung noch aussteht, Bundestag und Bundesrat zustimmen müssen und sie bei der KOM notifiziert werden muss.

## ■ Entwürfe Ahtes Änderungsgesetz zum BImSchG und 39. BImSchV

Aufgrund der bundesrechtlichen Umsetzung der Richtlinie 2008/50/EG über Luftqualität und saubere Luft in Europa werden das Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG) und die Verordnung über Luftqualitätsstandards und Emissionshöchstmengen (39. BImSchV) novelliert.

## ■ EU-Ministerrat beschließt „Blue Card“ zur Zuwanderung von Hochqualifizierten

Der EU-Ministerrat hat am 25.05.2009 die Einführung der „Blue Card“ als Arbeitsberechtigung für Hochqualifizierte aus Drittstaaten beschlossen. Die Mitgliedstaaten haben zwei Jahre Zeit, die entsprechende Richtlinie in nationales Recht umzusetzen.

## ■ Europäische Kommission prüft Registrierungspflichten für Anlageberater

Parallel zu den nationalen Bemühungen den Verbraucherschutz im Finanzdienstleistungsbereich zu stärken, wird auch die der Anlegerschutz auf europäischer Ebene diskutiert. So hat die Europäische Kommission am 13.05.2009 eine Analyse des Marktes für Kreditvermittlungen veröffentlicht, in der u. a. die Offenlegung von Provisionen, Registrierungspflichten und der provisionsgesteuerte Vertrieb thematisiert werden.

## ■ Bundesnetzagentur stellt Regulierungsstrategie zum Breitbandausbau vor

Die Bundesnetzagentur hat Eckpunkte über die regulatorischen Rahmenbedingungen für den Ausbau der Breitbandnetze zur Diskussion gestellt. Damit im Zusammenhang wurden auch Hinweise zur konsistenten Entgeltregulierung zur Konsultation veröffentlicht.

## ■ Weitere Entscheidungen zur Rundfunkgebühr für internetfähige PCs

Nach verschiedenen und gegensätzlichen Urteilen von Verwaltungsgerichten zur Rundfunkgebühr für internetfähige PCs haben nun sowohl der VGH München am 19.05.2009 (Az.: 7 B 08.2922) als auch das OVG Münster am 26.05.2009 (Az.: 8 A 2690/08 und 8 A 732/09) diese Pflicht bestätigt. Beide Gerichte haben die Revision zugelassen. Es bleibt nun die Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts abzuwarten.

## ■ Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz im Bundesgesetzblatt verkündet

Das BilMoG ist am 28.05.2009 im Bundesgesetzblatt Nr. 27, S. 1102 ff. verkündet worden. Es tritt am 29.05.2009 in Kraft. Beachten Sie jedoch die

zahlreichen Anwendungs- bzw. Übergangsregelungen. Die Leseversion ist abrufbar unter:

<http://www.bundesgesetzblatt.de>

## ■ OVG Münster legt Klage eines Umweltverbands gegen Steinkohlekraftwerksbau dem EuGH vor

Der 8. Senat des Oberverwaltungsgerichts Münster hat den EuGH angerufen und gebeten zu klären, inwieweit Umweltverbände Klagemöglichkeiten gegen einen immissionsschutzrechtlichen Vorbescheid und eine Teilgenehmigung für ein Kohlekraftwerk haben.

## ■ EuGH: Keine Apothekenketten in Deutschland

Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hat am 19.05.2009 das Verbot fachfremder Apothekenbetreiber gebilligt. Der EuGH stützt damit eine Auffassung der Apothekerkammer des Saarlandes: Diese hatte dagegen geklagt, dass der inzwischen zum Celesio-Konzern gehörenden Internetapotheke DocMorris im Saarland erlaubt wurde, eine Apotheke zu betreiben.

## ■ Bericht der EU-Kommission zur Anwendung der Kartellverordnung VO 1/2003

Die EU-Kommission hat am 29.04.2009 einen Bericht über die Anwendung der Kartellverfahrensverordnung 1/2003 vorgelegt, in dem die Ergebnisse der vorangegangenen Konsultation ausgewertet werden. Insgesamt zieht sie positive Bilanz. Im Bericht wird festgestellt, dass die Durchsetzung der Wettbewerbsregeln der Gemeinschaft durch die Verordnung 1/2003 grundlegend reformiert wurde. Die Ablösung des früheren Anmelde- und Genehmigungsverfahrens Unternehmen mussten zuvor Vereinbarungen bei der Kommission zur Genehmigung im Rahmen der kartellrechtlichen Vorschriften anmelden – durch die unmittelbare Anwendung von

Art. 81 Abs. 3 EG-Vertrag wurde allgemein begrüßt. Nach Verordnung 1/2003 können nationale Wettbewerbsbehörden und Gerichte nunmehr darüber befinden, ob eine Vereinbarung aufgrund von Vorteilen für die Verbraucher vom Verbot wettbewerbswidriger Verhaltensweisen ausgenommen werden kann. Die Verfahrensänderung scheint keine besonderen Schwierigkeiten aufgeworfen zu haben. Wichtig ist, dass die Kommission hierdurch laut eigenem Bekunden proaktiver sein kann und ihre Ressourcen auf den Kampf gegen Kartelle und andere schwere Gesetzesverstöße konzentrieren kann. Auch die Durchsetzung des EU-Wettbewerbsrechts durch die Kommission hat sich laut Kommission aufgrund ihrer erweiterten Untersuchungs- und Entscheidungsbefugnisse im Rahmen von Verordnung 1/2003 verbessert. Insgesamt – so die Grundausage des Berichts – habe die Kartell-Verordnung 1/2003 seit ihrem Inkrafttreten am 01.05.2004 zu einer strikteren Durchsetzung der kartellrechtlichen Vorschriften innerhalb der EU geführt.

Der Bericht lässt die Frage offen, ob eine Änderung der geltenden Regeln oder Verfahren erforderlich ist. Bedenklich erscheint aus Sicht des DIHK insbesondere, dass trotz zahlreicher Forderungen aus Wissenschaft, Anwaltschaft und Wirtschaft das Thema „Bußgeldverhängung“ außen vor gelassen wird. Gefordert wird – auch angesichts der recht unspezifischen Bußgeldleitlinien und den immer neuen Rekordmeldungen über die Höhe verhängter Bußgelder –, dass diese Sanktionen auf ein besseres und rechtsstaatlicheres Fundament gestellt werden müssen. Die derzeitige Praxis lässt angesichts der bisherigen Rechtsgrundlage und der intransparenten und Art der Verfahrensdurchführung sowie die zu späte und zu geringe gerichtliche Kontrolle an der Rechtsstaatlichkeit zweifeln.

Auf der Grundlage dieses Berichts wird die Kommission zu einem späteren Zeitpunkt prüfen, ob es weiterer politischer Maßnahmen bedarf.

Der Bericht ist abrufbar unter:

[http://ec.europa.eu/competition/antitrust/legislation/report\\_regulation\\_1\\_2003\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/competition/antitrust/legislation/report_regulation_1_2003_de.pdf)

Dazu gibt es noch ein Arbeitspapier der Kommission, das allerdings nur in engl. Sprache verfügbar ist: [http://ec.europa.eu/competition/antitrust/legislation/report\\_regulation\\_1\\_2003\\_working\\_paper.pdf](http://ec.europa.eu/competition/antitrust/legislation/report_regulation_1_2003_working_paper.pdf)

## ■ BaFin veröffentlicht überarbeiteten Emittentenleitfaden

Die überarbeitete Fassung des Emittentenleitfadens enthält Änderungen u. a. zur Ad-hoc-Publizität, zu Directors' Dealings und zum Insiderverzeichnis. Ergänzungen wurden zur Überwachung von Unternehmensabschlüssen (so genanntes Enforcement) und zu den Pflichten zur Finanzberichterstattung sowie Erläuterungen zu Stimmrechtsmitteilungen vorgenommen. Der Emittentenleitfaden ist abrufbar unter:

[http://www.bafin.de/cln\\_152/SharedDocs/Downloads/DE/Service/Leitfaeden/emittentenleitfaden\\_2009\\_templateld=raw,property=publicationFile.pdf/emittentenleitfaden\\_2009.pdf](http://www.bafin.de/cln_152/SharedDocs/Downloads/DE/Service/Leitfaeden/emittentenleitfaden_2009_templateld=raw,property=publicationFile.pdf/emittentenleitfaden_2009.pdf)

## ■ Fortentwicklung der Finanzmarktstabilisierung – Bad Banks sollen Kreditinstitute entlasten

Gemeinsam haben CDU/CSU und SPD einen Entwurf eines Gesetzes zur Fortentwicklung der Finanzmarktstabilisierung eingebracht. Mit dem Gesetz sollen die Bilanzen von Finanzholding-Gesellschaften oder Kreditinstituten kurzfristig bereinigt werden können, indem sie strukturierte Wertpapiere mit einem Abschlag vom Buchwert an Zweckgesellschaften (Bad Banks) übertragen.

## ■ Aktuelle Steuerinformationen

finden Sie unter:

<http://www.dihk.de/inhalt/themen/rechtundfairplay/steuerrecht/steuerinfo/index.html>

## Zum Schluss

### ■ DIHK veröffentlicht Gewerbeordnung 21

Die DIHK-Publikation „Gewerbeordnung 21“ stellt die Reformvorschläge der IHK-Organisation für das Gewerberecht vor. Die gewerbliche Wirtschaft benötigt dringend eine neue freiheitliche Verfassung als Beitrag zum Bürokratieabbau und zur Modernisierung des Dienstleistungsrechts. DIHK-Bestellservice: <http://verlag.dihk.de>.